

Deponie in Trüllikon: Abklärung gefordert

Die Gemeinden Trüllikon und Schlatt TG wehren sich weiter gegen die in Trüllikon vorgesehene Bauschuttdeponie. Nun verlangen sie Gutachten zu verschiedenen offenen Punkten.

Thomas Martens

TRÜLLIKON. Im Rahmen der Teilrevision des kantonalen Richtplans hat der Kanton Zürich 23 neue Deponiestandorte definiert, einen davon in Trüllikon (die SN berichteten). Im Gebiet Birchbüel, das an die Thurgauer Gemeinde Schlatt grenzt und derzeit landwirtschaftlich genutzt wird, soll hauptsächlich Bauschutt abgelagert werden. Beide Gemeinden wehren sich gegen das Vorhaben und gehen nun noch einen Schritt weiter. «Der Gemeinderat ist überzeugt, dass eine Eintragung einer Deponie in Trüllikon im Richtplan falsch wäre», sagt Gemeindepräsidentin Claudia Gürtler auf Anfrage. Es sei aus verschiedenen Gründen ein ungeeigneter Standort: «Deshalb bekämpfen wir diese Absicht des Kantons. Wir arbeiten eng mit der Gemeinde Schlatt zusammen, die angrenzend zum besagten Gebiet ebenfalls unmittelbar betroffen wäre.»

Nachdem sich beide Gemeinden bereits während der Vernehmlassung zur öffentlichen Auflage der Teilrevision kritisch und ablehnend zu den Plänen geäußert hatten (SN vom 13. März und 14. April), fordern sie nun die Ausarbeitung von Gutachten zur Beurteilung des Deponiestandorts Birchbüel. Die Gutachten sollen den Gemeinden zur Stellungnahme vorgelegt werden, ebenso wie die Berichte und Protokolle einer Feldbegehung durch Fachstellen beim geplanten Deponiestandort.

Mehrere Punkte sind noch ungeklärt

Zur Begründung heisst es in einem gemeinsamen Schreiben der Gemeinden Trüllikon und Schlatt an das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) vom 20. August, dass die Bewertungsunterlagen zur geplanten



Das Gebiet Birchbüel in Trüllikon ist als Standort für eine Deponie vorgesehen. Dagegen gibt es weiter Widerstand.

Bild: Thomas Martens

«Je nach Resultat werden wir weiter Widerstand leisten und nicht aufgeben.»

Claudia Gürtler
Gemeindepräsidentin
Trüllikon

Deponie Mängel aufweisen. Am 19. Juni habe eine Besprechung mit Begehung zwischen den Vertretern der beiden Gemeinden und dem Awel stattgefunden. Das Amt habe in Aussicht gestellt, den Gemeinden die detaillierten Bewertungsunterlagen zu den Deponien, die in den Richtplan aufgenommen werden sollen, zur Verfügung zu stellen. Geschickt worden seien sieben Dokumente im Umfang von einer bis zu 366 Seiten. Nach Ansicht von Trüllikon und Schlatt gehe daraus nicht umfassend hervor, dass das Gebiet Birchbüel als Deponiestandort geeignet sei.

So fehle beispielsweise ein Transportgutachten dazu, auf welchen Wegen die schweren Lastwagentransporte zur De-

ponie Birchbüel erfolgen sollen. Befürchtet wird, dass sie durch «empfindliche Dörfer» wie Ossingen, Truttikon, Trüllikon und Schlatt fahren würden. «In allen Dörfern würden Kinder auf dem Schulweg gefährdet, der ja nach Wohnort zwangsläufig über oder entlang von Lastwagenstrecken verläuft», heisst es. Auch für Radfahrer bedeuteten die grossen Lastwagen auf engen Strassen eine Gefahr. Gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung müsse bei Vorhaben von gewichtigen Auswirkungen auf Raum und Umwelt der Sachverhalt abgeklärt sowie die Interessen ermittelt und gegeneinander abgewogen werden. Trüllikon und Schlatt verweisen darauf, dass andere Standorte, die deutlich

besser als die Deponie Birchbüel bewertet worden seien – etwa der Standort Bueli in Andelfingen –, aufgrund kritischer Zufahrt bei einer kurzen Strecke einer CH-Mobil-Veloroute sowie einem angeblich gefährlichen Schulweg aus dem Rennen gefallen seien.

Sorge um Natur und Landschaft

Durch das vorgesehene Deponiegelände führt eine Erdgasdruckleitung. Auch hierzu wird ein Gutachten gefordert, etwa zur Gefährdung der Leitung oder zum Deponievolumen, das aufgrund dieser Leitung entfällt, weil der Leitungsbereich nicht mit Bauschutt überdeckt werden darf. Zudem seien auch Abklärungen zur gesamtheitlichen

Landschaftsbewertung zu machen. Argumentiert wird mit der «wunderschönen, von Wäldern eingerahmten, weitgehend unberührten, ruhigen Landschaftskammer», die durch die Deponie zerstört würde. Sie würde «einen radikalen Fremdkörper in der schönen Landschaft darstellen und diese auf ewige Zeiten verunstalten». Die Deponie widerspreche dem Ziel der Raumplanung, die natürlichen Lebensgrundlagen und namentlich die Landschaft zu schützen, sowie dem Planungsgrundsatz, «naturnahe Landschaften und Erholungsräume» zu erhalten.

Fraglich ist aus Sicht der beiden Gemeinden auch, inwiefern die Deponie mit anderen Richtplanvorhaben in der Nähe wie einem Windpark auf dem Cholfirst, für den ebenfalls Tausende Lastwagentransporte befürchtet werden, und der Versuchsanlage für die Einlagerung von überkritischem CO₂ im Muschelkalk zu vereinbaren sei. Darüber hinaus müsse abgeklärt werden, wie sich die Ablagerungsstätte auf benachbarte Naturschutzobjekte und bestehende Wildtierkorridore, in deren Mitte die Deponie liege, auswirke. Und weiter fehle auch noch ein Gutachten zum Deponie-Sickerwasser und der Gefährdung von Gewässern, schliesslich befinden sich in der Nähe zwei eingedolte Bäche, von denen einer nach wenigen Hundert Metern in das regional bedeutsame Naturschutzgebiet Sumpfwald und -wiese Mündlimoos entwässert.

«Im Moment haben wir alles gemacht, was wir können. Der Kanton ist nun am Auswerten der Informationen», ist für die Trülliker Gemeindepräsidentin jetzt Abwarten angesagt. Sie zeigt sich auf jeden Fall kampfbereit: «Je nach Resultat werden wir aber weiter Widerstand leisten und nicht aufgeben.»